

Die Halle wird jährlich bei normaler Bedienung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., ausbez. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Gauls- Zeitung“ eingetragen.

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe. Einzel-Bl. 5 Pf.

Verleger: Dr. Robertus Nr. 1140; Dr. Rosenmeyer-Verlag Nr. 1123.

Saale-Beitung.

Sechsbundertzigster Jahrgang.

Werbung im Spaltenpreis... Halle mit 20 Sp. ... in der Gasse 63, I. (sowie von anderen Annoncen-Expeditoren angenommen.)

Erhalten und Samstags-Geschäftsstelle: Halle, G. Brunnengasse 17;

Abendblatt: Halle, G. Brunnengasse 17; ... Halle, G. Brunnengasse 17; ...

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom 30. Mai.

Am Ministertische: Dr. Weseler. Präsident v. Stöcker eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Lohmann (nl.), Wande (fr.) und Riffen (Dän.) werden für gültig erklärt.

Gerechthofengesetz.

Abg. Dr. Gajalat (lonf.) erklärt sich gegen das Gesetz wegen der Schöpfung der Geschworen bei Rechtschäften in fremder Sprache.

Abg. Kirch (Str.) beantragt, das Gesetz nicht am 1. Oktober 1910 in Kraft zu setzen, sondern erst am 1. April 1911.

Abg. v. Happenheim (lonf.) Wir stehen in der dritten Lesung und können unmöglich jetzt noch Änderungen vornehmen.

Abg. Kirch (Str.) zieht seinen Antrag zurück.

Abg. Welfin (Str.) fragt über zu hohe Katastergebühren.

Das Gesetz wird angenommen, ebenso in dritter Lesung das Gesetz betr. Gebührenordnung für Notare.

Hierauf wird über die Wahl des Abg. Dr. Kunge (Sp.) verhandelt.

Abg. Kirch-Berlin (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, die Wahl zu beanstanden und Erhebungen zu veranstalten.

Abg. Zischert (Str.) bittet um Ablehnung des Antrages.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Abg. Kirch (Soz.) und Hoffmann (Soz.) abgelehnt.

Es wird dann über die Wahl des Abg. Fähringer (nl.) verhandelt.

Abg. Eder-Wiefen (nl.) beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Wilmann (nl.) berichtet über die Kommissionsberatungen.

Abg. Wüdde (fr.) widerspricht der Standpunkt des Abg. Eder-Wiefen für unzulässig.

Die Novelle zum Zwischentreditsgesetz wird debattiert in dritter Lesung genehmigt.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage betr. die Einführung des ländlichen Fortbildungsschule in Schlesien.

Abg. Graf Spee (Str.) begründet einen Antrag, wonach an Sonntagen in den ländlichen Fortbildungsschulen nur Religionsunterricht erteilt werden darf.

Abg. Hoffmann (Soz.), der in Religionsfragen den denkbar reaktionärsten Standpunkt vertritt.

Abg. v. Radowitz (fr.) Wir stimmen gegen den Zentrumsantrag, der nur den Religionsunterricht in die Fortbildungsschulen einschließen will.

Ein Regierungskommissar bemerkt, daß auch der Minister an seinem absehbaren Standpunkt festhält.

Abg. Hoffmann (Soz.) Der Antrag will den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen einschließen.

nicht vom Affen abstammen, so sind solche Aeußerungen, wie die des Grafen Spee, für mich doch ein Beweis, daß eine umgekehrte Entwicklung möglich ist.

Abg. Kirch (Str.) bestimmt nochmals den Kommissionsantrag. Vor dem Lande konsultiere er, daß der Abg. Hoffmann neulich sagte, seine Fraktionskollegen hätten auf eine Sache nicht eingehen können.

Abg. Gähler (lonf.) Wir legen großen Wert auf eine christlich-religiöse Erziehung, können aber den Zentrumsantrag nicht annehmen.

Abg. Dr. Heilig (Str.) tritt für den Zentrumsantrag ein.

Abg. Eder-Wiefen (nl.) Der Religionsunterricht gehört nicht in die Fortbildungsschule.

Abg. Hoffmann (Soz.) Herr Kirch negiert uns jetzt, weil wir schwächen.

Abg. Kirch (Soz.) Als wir neulich nach Weiland und Weifalen fuhren, wimmelte es in dem Zuge von Zentrumsabgeordneten.

Abg. Kirch (Str.) Am 9. April war kein Sozialdemokrat hier im Hause.

Abg. Dr. Schupp (Sp.) Das Zentrum sucht die Herrschaft über die Volksschule zu bekommen.

Abg. Hoffmann (Soz.) Die Zentrumsabgeordneten hätten beim Vorbegeh der Anträge durchsehen können.

Der Zentrumsantrag wird abgelehnt, das Gesetz in dritter Lesung gegen das Zentrum angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Hammer (lonf.), wonach die Regierung zulassen soll, daß die Umfahneuerordnungen mit der Bestimmung in Wirksamkeit gesetzt werden.

Abg. Hammer (lonf.) begründet den Antrag.

Abg. Lufensky (nl.) beantragt, die Regierung solle die staatliche Genehmigung von kommunalen Umfahneuern nicht davon abhängig machen.

Abg. Wüdde (fr.) steht ebenfalls in dem Antrag Lufensky die volle Basis für eine Verständigung.

Die Anträge gehen an die Gemeindefortbildungskommission.

Ein Antrag v. Hainzenburg (lonf.), der für den nächsten Etat eine Erhöhung der Dienstaufwandsgebühren der Distriktskommissare fordert.

Abg. Wüdde (fr.) steht ebenfalls in dem Antrag Lufensky die volle Basis für eine Verständigung.

Es folgt die Beratung eines Antrages Gottschalk (nl.), der eine einheitliche gesetzliche Regelung der Dauer der Schulpflicht und der Strafen für unberechtigtes Schulverweilen fordert.

Abg. Gottschalk-Solingen (nl.) begründet den Antrag.

Abg. Graf Clairon v. Saussonville (lonf.) sagt Förderungen des Antrages in der Kommission zu.

Abg. Cassel (Sp.) Wir sollten den Antrag, der sehr dringlich ist, sofort annehmen.

Geheimrat v. Bremen: Wenn die Regierung die Frage auch nicht für dringlich hält, wird sie den Antrag genau prüfen.

Abg. Hoffmann (Soz.) Ein Antrag der Konventionen, des Zentrums und der Nationalliberalen auf Annahme eines Gesetzesentwurfes betr. Milderung der westfälischen Provinzialordnung von 1875 wird angenommen.

Der Antrag wegen Errichtung von Hochschulfeminaren über Fortbildung für Gewerkschaften wird vom Antragsteller Grafen Spee (Str.) zurückgezogen.

Das Haus verläßt sich auf Dienstag 11 Uhr: Keine Vorlagen, Initiativanträge, Petitionen, Anschlagsdenkschrift.

Herrnhaus.

12. Sitzung, Montag, den 30. Mai.

Der Landwirtschaftsetat.

Überbürgermeister Dr. Toblen-Hensburg

Er spricht über die Frage der Einfuhr dänischer Viehs und die bekannten neuerlichen Vorfälle.

Landwirtschaftsminister von Venim: In Preußen werden die Vorschriften des Bundesrats, die 1888 erlassen worden sind, genau befolgt.

Der Zentrumsantrag wird abgelehnt, das Gesetz in dritter Lesung gegen das Zentrum angenommen.

Abg. Hammer (lonf.) begründet den Antrag.

Abg. Lufensky (nl.) beantragt, die Regierung solle die staatliche Genehmigung von kommunalen Umfahneuern nicht davon abhängig machen.

Abg. Wüdde (fr.) steht ebenfalls in dem Antrag Lufensky die volle Basis für eine Verständigung.

Die Anträge gehen an die Gemeindefortbildungskommission.

Ein Antrag v. Hainzenburg (lonf.), der für den nächsten Etat eine Erhöhung der Dienstaufwandsgebühren der Distriktskommissare fordert.

Abg. Wüdde (fr.) steht ebenfalls in dem Antrag Lufensky die volle Basis für eine Verständigung.

Es folgt die Beratung eines Antrages Gottschalk (nl.), der eine einheitliche gesetzliche Regelung der Dauer der Schulpflicht und der Strafen für unberechtigtes Schulverweilen fordert.

Abg. Gottschalk-Solingen (nl.) begründet den Antrag.

Abg. Graf Clairon v. Saussonville (lonf.) sagt Förderungen des Antrages in der Kommission zu.

Abg. Cassel (Sp.) Wir sollten den Antrag, der sehr dringlich ist, sofort annehmen.

Geheimrat v. Bremen: Wenn die Regierung die Frage auch nicht für dringlich hält, wird sie den Antrag genau prüfen.

Abg. Hoffmann (Soz.) Ein Antrag der Konventionen, des Zentrums und der Nationalliberalen auf Annahme eines Gesetzesentwurfes betr. Milderung der westfälischen Provinzialordnung von 1875 wird angenommen.

Der Antrag wegen Errichtung von Hochschulfeminaren über Fortbildung für Gewerkschaften wird vom Antragsteller Grafen Spee (Str.) zurückgezogen.

Das Haus verläßt sich auf Dienstag 11 Uhr: Keine Vorlagen, Initiativanträge, Petitionen, Anschlagsdenkschrift.

Der Etat des Finanzministeriums.

Landdirektor v. Gwiner:

Durch einen Rundschreiben der Direktion ist mir suggeriert worden, daß ich die Veranschlagung und ein Präzifizieren des Etats empfehlen habe.

Die Anträge gehen an die Gemeindefortbildungskommission.

Ein Antrag v. Hainzenburg (lonf.), der für den nächsten Etat eine Erhöhung der Dienstaufwandsgebühren der Distriktskommissare fordert.

Abg. Wüdde (fr.) steht ebenfalls in dem Antrag Lufensky die volle Basis für eine Verständigung.

Es folgt die Beratung eines Antrages Gottschalk (nl.), der eine einheitliche gesetzliche Regelung der Dauer der Schulpflicht und der Strafen für unberechtigtes Schulverweilen fordert.

Abg. Gottschalk-Solingen (nl.) begründet den Antrag.

Abg. Graf Clairon v. Saussonville (lonf.) sagt Förderungen des Antrages in der Kommission zu.

Abg. Cassel (Sp.) Wir sollten den Antrag, der sehr dringlich ist, sofort annehmen.

Geheimrat v. Bremen: Wenn die Regierung die Frage auch nicht für dringlich hält, wird sie den Antrag genau prüfen.

Abg. Hoffmann (Soz.) Ein Antrag der Konventionen, des Zentrums und der Nationalliberalen auf Annahme eines Gesetzesentwurfes betr. Milderung der westfälischen Provinzialordnung von 1875 wird angenommen.

Ich komme zum Etat. Es stellt die feste Hand, die das ungeliebte Material zu festen verstanden hat. Nach dem Etat, was er in alle Welt geht, trägt das preussische Volk eine Last von fast 4 Milliarden; das wären etwa 110 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. In Wirklichkeit trägt das preussische Volk nur eine Last von ca. einer Milliarde, also nur 30 Mark auf den Kopf. Der alte Gegenwärtige Minister wollte wohl, weshalb er den Etat so unbedeutend machte. Er hat es mit leichtem Gemute den preussischen Staat verhehrt in den Händen seiner mehr. (Seiterteil.) Der Etat ist aber trotzdem, wenn man ihn studiert, nicht unverständlich. Wenn ein Kaufmann oder eine Bank es wagen würde, ähnlich zu buchen; er würde vor Gericht kommen, wenn er es tät. Wir kritisieren die Bilanz nicht, sondern wir verurteilen sie.

Nun komme ich zum letzten Punkt: Wie viel wir denn von den Einnahmen der Eisenbahn im Etat verrechnen sollten und wie viel wir auf eine extraordinäre Tilgung bringen müssen. Von einer unvollständigen Wirtschaft kann gar keine Rede sein, aber wohl von einer regellosen Wirtschaft. Keiner weiß es an der Hand des laufenden Etats nach. Nur deshalb, und nicht aus Hochhuberei, habe ich mit getastet, zu raten, wir sollten wenigstens im nächsten Etat die Höhe zu einschätzen. Deshalb habe ich die Zweckmäßigkeit ersehen, die ich nicht als eine höhere bezeichnen darf. Der Finanzminister hat sich einen hübschen Beifall damit geholt, daß er sich über mich läßt mich sagen. Wir sind magdlos. Es ist leider ein öffentliches Geheimnis, daß die letzten Anleihen nicht untergebracht sind.

#### Finanzminister Frhr. von Rheinbaben:

Ich bin für jede Kritik dankbar, aber ich kann es nicht mehr als berechtigt anerkennen, wenn die Kritik in einer Form erfolgt, wie das von Seiten des Vorredners geschehen ist. (Beifall.) Wir, die wir uns einigermassen bemühen, alles zum Besten einzurichten, müssen es als eine Kränkung empfinden, wenn hier behauptet wird, daß uns jede finanzwirtschaftliche Einsicht fehle. Das muß ich weniger für meine Person, als vielmehr für meine treuen Mitarbeiter als ganz unbedeutend zurückweisen. (Beifall.) Mehr noch beunruhigt die Angriffe gegen meinen verstorbenen Vorgänger. Denn der auf ihn angewandte Ausdruck „Gemeinlich“ paßt durchaus nicht auf einen hochverdienten Mann, der der größte Finanzminister gewesen ist, den wir gehabt haben. (Beifall.)

Der Vorredner hat dann die verschiedenen Etats bemängelt. Wir hätten bei dem Etat für 1907 nicht die genügende Voraussicht bezeugt. Zum 1. August kommen die Aufstellungen der einzelnen Verwaltungen an das Finanzministerium. Im Spätherbst werden die Etats aufgestellt. Wenn dann im Anfang des nächsten Jahres ein völliger wirtschaftlicher Umschwung stattfindet, so werden natürlich die einzelnen Punkte und Ziffern von den Voranschlägen erheblich ab. So war es 1907. Nun ist uns vorgeworfen, daß wir die Industrie nicht gleichmäßig beschäftigen. Für frühere Jahre mag der Vorwurf berechtigt sein, aber seit einer langen Reihe von Jahren haben wir grundsätzlich auch in den mageren Jahren der Industrie Aufträge erteilt. Der Vorredner hat behauptet, bisher habe es eine regellose Wirtschaft stattgefunden. Ich habe schon mehrfach nachgefragt, daß das richtig ist. Eine regellose Wirtschaft bestand bis 1893, d. h. es waren keine festen Prinzipien vorhanden, welche Bedürfnisse aus den laufenden Mitteln bestritten werden müssen und welche aus Anleihen. 1893 wurden feste Grundsätze herbeigeführt. Als der Vorredner vorschlägt, würde sich geradezu als eine Verschönerung annehmen. Das erste Prinzip einer gelunden Finanzwirtschaft ist, die Aufgaben, die der Gegenwart obliegen, auch von der Gegenwart lösen zu lassen, und nicht einer ferneren Zukunft aufzugeben, die an den eigenen Aufgaben genug zu tun haben wird. (Beifall.) Unsere Staatsschuld wird in 32 Jahren erst um 75 Proz. getilgt sein. Ich verstehe nicht, daß gerade der Vorredner diese Deutung der Rollen durch laufende Mittel beunruhigt. Ihm sollte doch bekannt sein, in welchem Maße große industrielle Anlagen sich Reserven der verschiedensten Art schaffen. Ich bin dagegen, das ganze Extraordinarium als verbundene Anlage anzusehen. Es wird z. B. ein Eisenbahnenbetriebsmittel erstellt, nach 3 Jahren wieder zu verkaufen. Das ist also die Beschaffung eines Vermögensgegenstandes, der seine eigenen Aufträge erfüllt. Wenn wir das ganze Extraordinarium als verbundene Anlagen ansehen, so müßten wir unsere Schulden erst in 60 Jahren getilgt haben. Um Rede wird in viel kürzerer Frist getilgt, die verbundene Anlagen in 30, die nicht verbundene in 22 Jahren. Wir sind unangesehnt bemittelt, hinsichtlich des schlechtesten Standes unserer Staatsverschuldung zu schaffen. Die Banken und ähnliche Einrichtungen haben lange noch nicht so viel Staatspapiere, wie es wünschenswert ist. Statt fremde exotische Papiere zu empfehlen, lege ich allen Vätern die Bitte dringend ans Herz, ihre Käufer auf die Staatspapiere hinzuweisen. Nur dann wird Befreiung erfolgen. Der Vorredner hat von einer exorbitanten Befreiung der Steuerzahler gesprochen und berechnet, wie viel von dem 4 Milliarden-Etat auf den Kopf der Bevölkerung kommt. Wenn wir nur einen ganz flüchtigen Blick auf den Etat tun, so sieht man, daß diese 4 Milliarden auch nach aus Vertriebsverhältnissen, namentlich der Eisenbahn verschickten, und daß man daraus keine Befreiung zum Kopf der Bevölkerung berechnen kann. Richtig ist, daß einzelne Positionen doppelt durchlaufen, denn der Landtag hat das mit Recht verlangt, damit man die finanziellen Ergebnisse der einzelnen Verwaltungen übersehen kann. Schließlich hat der Vorredner behauptet, daß unsere Regelung lediglich auf dem Papier stehe. Ich bestreite das. Durch das Gesetz von 1903 sind die bestehenden Mängel beseitigt worden, so daß die finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung den Zugriffen der anderen Etats entzogen werden können. Nun hat der Vorredner erzählt, daß wir mit der Eisenbahnverwaltung 210 Millionen erzielen könnten. Vor zehn Jahren haben wir 215 Millionen erzielt, früher 254, worum sollen wir dann nicht in der Zukunft auf 210 geangene. 1909 haben wir einen Zufluß der Eisenbahnverwaltung zu den allgemeinen Ausgaben in Höhe von 179 Millionen erzielt, während nach dem Etat nur 88 Millionen vorgesehen waren, also in einem Jahre sind 90 Millionen mehr erzielt worden. Der Vorredner hat den Ausdruck gebraucht, als ob der Etat wie ein Einmalpoker aussehe. Wir ist ein echter Einmalpoker aber lieber, als ein mit künstlichen Mitteln aufgesetzter Etat, der den Aufsteiger erweist, daß mit reicher und günstiger Dasein, als es der Fall ist. (Beifall.)

Bandirektor v. Gwinner: Die Schuldentilgung des Reiches kann nicht mit Preußen verglichen werden. Wenn wir im Reich die Schulden getilgt haben, ist nichts mehr da, haben wir in Preußen die Schulden getilgt, dann haben wir immer noch die Eisenbahnen, die dann mehr bringen werden, wie heute. Wenn wir für die Eisenbahnbetriebsmittel Schulden aufnehmen, so sind das keine toten Schulden, sondern Schulden, die mehr einbringen, als die Kosten. Um diesem Etat zu genügen, müßten wir täglich eine Million Bruttoeinnahmen haben. Das erklärt die für unmöglich. Heute über ein Jahr werden das befristet lösen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Der Herr Vorredner verlangt, daß wir im Reich aus Eisenbahnen und die Post haben. Trotzdem liegt das Reich keine Schuld in 30 Jahren. Da wir ohne die enorme Schulden für die Eisenbahnen und Kanalbauten machen müßten, begreife ich nicht, wie man noch predigen kann,

immer härtere Schulden aufzunehmen. Von 1906 bis 1910 hat die Reichsverschuldung von 297 auf 390 Millionen Mark zugenommen. Das ist eine sehr erhebliche Zunahme. Wir haben allen Anlaß, im Schuldennutzen Einhalt zu tun und dürfen das Extraordinarium nicht länger belassen, damit die anderen Reichsteile nicht fortwährend mit neuen Anforderungen an die Finanzverwaltung herantreten.

Graf Hatten-Capost: Ich bedaure, daß die staatlichen Kassen dem Herrn v. Gwinner nicht zustimmen können.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Wir sind seit Jahren in dieser Richtung tätig.

Oberrätepräsident v. Meißner: Wenn wir den Voranschlägen des Herrn v. Gwinner folgen würden, würden die einzelnen Reichsteile die Ueberflüsse zu immer neuen Ausgaben zu erlangen tragen.

v. Gwinner: Wenn wir alle Wünsche der Reichsteile bewilligen müssen, sobald wir kein Defizit haben, dann wollen wir doch lieber gleich beschließen, das Defizit in Preußen und in Bayern zu decken. (Seiterteil.) Man kann sozusagen wirtschaften und braucht kein Defizit zu haben. Im übrigen tilgen wir ganz bedeutende Summen, die nicht als Tilgung begehrt werden. Unsere Tilgungsgangart ist eben nicht die richtige.

Oberrätepräsident v. Meißner: Wenn das Konzept des Vorredners befolgt würde, dann könnte das Finanzministerium den Etat heute noch diesem und morgen nach jenem Prinzip aufstellen. Ich glaube nicht, daß das im Interesse einer soliden und konsequenten Finanzwirtschaft liegt.

von Busch: Ich bin in dem Finanzminister die dringende Bitte, an den bewährten Grundsätzen für die Geländung der preussischen Finanzen festzuhalten, ja sie noch zu verhärtigen. (Beifall rechts.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Grenze bei dem wachsenden Kapital schon viel zu weit gezogen ist. Wir müssen uns darüber klar sein, daß an den Staat immer neue Ausgaben herantreten. Herr v. Gwinner hat uns leider nicht gesagt, wie wir die Kurse unserer Staatspapiere heben können.

v. Gwinner: Ich habe nur vorgeschlagen, im laufenden Etat statt einer Defizitanleihe von 92 Millionen eine Eisenbahnanleihe aufzunehmen. Dadurch würde absolut nichts geändert. Für laufende Ausgaben mehr zu bezahlen, als wir haben, halte ich für einen Fehler. Der Staat muß von den Privatgesellschaften lernen. Er weiß es nicht, glauben Sie es mir, er weiß es nicht. Er versteht die Sache nicht. (Anrufer.) Ich weiß, daß die Verwaltung ganz vorzüglich, aber in finanzieller Beziehung ist dem Staat die Sache über den Kopf gewachsen. Wir pumpen nicht zu viel, wir pumpen nicht zu wenig. (Seiterteil.) Aber natürlich müssen wir richtig pumpen.

Der Etat des Finanzministeriums wird genehmigt, ebenso der Etat der direkten und indirekten Steuern, der Lotterieverordnung und der Seehandlung und nach kurzer Debatte auch der Etat der Eisenbahnverwaltung.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 11½ Uhr. — Schluß 6¼ Uhr.

## Deutsches Reich.

### Die Ankunft des Königs und der Königin der Belgier

erfolgte gestern nachmittags 5 Uhr 15 Min. auf Station Wildpark bei Potsdam. Die Majestäten und ihr Gefolge nahmen in den roten Kammern im Neuen Palais bei Potsdam und nahmen am 1. Juni in den Königskammern im königlichen Schloß zu Berlin Wohnung.

Der Ehrerbietung versehen der Königin: Ihre Excellenz Frau v. Mirbach und G. Excellenz der Vice-Oberregimentenmeister von dem K. Reichs- u. Einheitsführer des diplomatischen Korps, und bei dem König: Generaloberst v. Lindau, Generaladjutant des Kaisers, sowie der Oberstleutnant v. Bodschwingh, Kommandeur des 2. Hannoverischen Dragoner-Regiments Nr. 16, und der Major Kerner, Militärattaché bei den Gesandtschaften in Brüssel und im Haag. Der Ehrentribüne setzte sich bereits bei der Ankunft der Majestäten auf dem Bahnhof in Brandenburg/Havel. Gestern um 5¼ Uhr fand im Musiksaal des Neuen Palais Empfang mit großem Vortritt statt, abends um 8 Uhr Familienfest im Apollo-Saal und Musiksaal im Blauen Zimmer neben der Zapfsgalerie. Heute werden die belgischen Majestäten der Parade in Lustgarten zu Potsdam mitwohnen; nach der Parade findet Frühstücksfest im Marmoraal des Stadtschlosses zu Potsdam und Abends 8 Uhr Tafel in der Zapfsgalerie statt. Im Mittwochs, den 1. Juni, werden die Majestäten der Parade auf dem Paradeplatz in Berlin heimzuführen und nach der Parade mit den kaiserlichen Majestäten nach dem königlichen Schloß zu Berlin begeben, wofür um 7 Uhr abends Parade-tafel im Weißen Saal stattfindet.

Brüssel, 30. Mai. Die belgische Presse sieht sich veranlaßt, den Besuch des Königspaares in Berlin zu würdigen, weil man darüber verstimmt ist, daß der erste offizielle Besuch des Königspaares dem deutschen Kaiserthum gilt. Man hätte lieber gesehen, wenn König Albert zuerst nach Paris gegangen wäre. Gewissermaßen als Entschädigung dafür nimmt man heute den Besuch in Frankreich am 30. Juli, an dem Vortage des Nationalfestes, an. Die „Gazette“ spricht sich in einem Artikel über den Besuch aus; aber sie bezeugt dabei eine Tollkühnheit gegen die deutsche Kaiserin, indem sie ihr zum Vorwurf macht, daß ihre Frömmigkeit sie abgehalten hätte, mit dem alten König Leopold in Beziehungen zu treten, weil sein Lebenswandel nicht ganz in ihrem Sinn gewesen sei. Es ist deshalb eine Entzündung des belgischen und deutschen Hofes eingetreten, die nunmehr beendet ist.

### Einweihung des Handwerksammergebäudes in Berlin.

(Der Kronprinz bei der Einweihung.) Das neue Handwerksammergebäude in Berlin ist in Gegenwart des Kronprinzen eingeweiht worden. Pünktlich um 10 Uhr erschien der Kronprinz, der sich in Begleitung des Generals von Schenck bedeckte. Am Portal begrüßte ihn der Handelsminister, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und zahlreiche andere Ehrenmitglieder. Der Ehrenobermeister Bernard hielt die Festrede. Der Kronprinz erhob den Pokal und sagte:

„Ich trinke auf das Wohl des deutschen Handwerks und auf das Gedeihen der Berliner Innungen. God, hoch, hoch!“

Darauf ergriß der Minister für Handel und Gewerbe Sadow das Wort und gab zunächst mehrere Auszeichnungen bekannt. Coburn führte der Minister aus:

Der Tag, an dem dieser Bau seiner Bestimmung übergeben wird, ist ein Markstein in der Geschichte des Berliner Handwerks. Das Handwerk hat von jeher nur dann gedeihen können, wenn es sich in kräftigen Verbänden zusammenschloß, und dazu hat die neuere Gegebenheit ihm den Weg erleichtert. Die hiesige Handwerksammer hat durch die Schnellleiste, die der sie diesen Bau aufzuführen lassen, ihrer Lastrast ein schönes Denkmal gesetzt und einen Bau geschaffen, der durch die Statik seiner Erziehung fundiert, seine Bedeutung dem Handwerk in der Reichshauptstadt zu kommt.

Der Minister empfahl dann besonders dringend die Ausbildung von Lehrlingen, damit es gelinge, einen Nachwuchs großzuzüchten, der das Handwerk wieder der einstigen Blüte zuführt. — Ehrenobermeister Bernard brachte ein Hoch auf den Kronprinzen aus, woran sich ein Rundgang durch die Räume und ein Frühstück im Cestienaal folgte. Hier war die Wüste der Kronprinzessin vor einem Blumenarrangement aufgestellt, die der Kronprinz vor Auszug der Berliner Drehschneidung, deren ehrammes Fundament er seinerzeit erlernt hat, zum Geschenk gemacht hat.

Die Stadt Berlin war durch den Stadtrat Weigert vertreten, während die Korcorne zum Teil ihre Oberhäupter entsandt hatten. Ihren Vorstehenden hatten entsandt die Handwerkskammern von Halle a. S., Greif Magdeburg, Minden, Frankfurt a. O., Stettin, Königsberg i. Pr., Düsseldorf, Hannover, Wien, Erfurt, Schwern, Stuttgart, Bromberg, Breslau, Danzig.

### Heer und Flotte.

Auf das Jubiläumstelegramm, das die 10. Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins am 22. Mai an den Kaiser richtete, telegraphierte dieser unterm 25. Mai aus Babel an den Großadmiral v. Koelliker:

Ich erlaube Sie, der zehnten Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins meinen wärmsten Dank für den freundlichen Gruß und den Ausdruck treuer Ergebenheit auszusprechen. Eingedenk der wertvollen Unterstützung, die meine auf die Stärkung der deutschen Seemacht gerichteten Bestrebungen stets durch den Deutschen Flottenverein gefunden haben, werde ich die zielbewusste Arbeit des Vereins auch ferner gern mit meinem besonderen Interesse und Wohlwollen begleiten.

Wilhelm I. R.

Prinz Heinrich antwortete auf den ihm gerichteten Drahtzug dem Großadmiral v. Koelliker:

Mit tief empfundenem Dank für heute empfangene Depesche sende ich den verammelten Mitgliedern des Deutschen Flottenvereins herzlichsten Gruß, hoffend, daß der Verein unter Eurer Excellenz krafftvollem und sicheren Leitung dem Reich und der Marine zum dauernden Segen gereichen möge. Heinrich, Prinz von Preußen.

### Kleine politische Nachrichten.

Italien ist jubelnd. „Popolo Romano“ konstatiert die überaus herrliche Aufnahme, die Marquis de San Giuliano beim Kaiser, bei dem Reichspräsidenten und der deutschen Presse gefunden hat, mit großer Befriedigung. Die Entimmung an verlassene Hilfe Bekreibern sei durch die innere Ueberzeugung von der Unveränderlichkeit des Bündnisses verurteilt, das für Italien die sichere Garantie des äußeren und inneren Friedens sein und bleiben werde.

Eine Gruppe von Industriellen Piemonts ist auf Einladung der Berliner Handelsbank nach Berlin abgereist, um die großen industriellen Anlagen Deutschlands zu besichtigen. Mehrere Mitglieder der Turiner Stadtverwaltung und einige Journalisten begleiten sie.

Im Auslieferungsvorbehalt des Deutschen Reiches mit Dänemark und Rumänien

ist in Einzelheiten mit Rücksicht auf die von deutscher Seite abgegebene Zusicherung der Gegenseitigkeit die Auslieferung bewilligt worden: von Dänemark wegen jahrlängiger Tötung und wegen Verbreitung unächtiger Schriften, von Rumänien wegen jahrlängiger Tötung und wegen jahrlängiger Körperverletzung unter den erschwerenden Umständen der §§ 222 Abs. 2 und 230 Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs. Demnach wird, wie der „Reichsanzeiger“ nachweist, voraussichtlich auch künftig in Fällen dieser Art deutschen Auslieferungsanträgen seitens Dänemarks und Rumäniens stattgegeben werden.

Ein neuer Bund für Mutterschaft. Die unersättlichen Jubiläen, die im Bunde der Mutterschaft durch den persönlichen Streit zwischen Fräulein Dr. Sieder und Frau Adele Scheider-Krieger hervorgerufen worden sind, haben zu einer Neugründung geführt. Die Grundlagen zu einer „Deutschen Gesellschaft für Mutters- und Kindesrecht“ sind in einer Versammlung zu Berlin gelegt worden.

Handlungen für einen Reichsbesuch in Serbien.

In ganz Serbien feiert man gegenwärtig den Gesandten Schwarzlose aus Frankfurt a. M., der seit vielen Jahren als großer Freund Serbiens gilt. Er hat viele sympathische Götter über Serbien in Frankfurt a. M. und anderen deutschen Städten gehalten, und da er jetzt auf einer Reise durch Serbien begriffen ist, feiert man ihn in Danzbarkeit. Im Jostifastino zu Belgrad hielt er einen Vortrag in deutscher Sprache, welchem der Kronprinz und ein vornehmer Publikum beiwohnte. Die serbischen Blätter bringen aus diesem Anlaß deutschfreundliche Artikel.

### Hof- und Personalnachrichten.

Das Befinden des Kaisers. Nach dem operativen Eingriff, den Professor Bier vornahm, hat sich das Befinden des Kaisers noch weiterhin gebessert. Der Kaiser war gestern bei besserer Stimmung; er verbrachte, dem „M. T.“ zufolge, auch die verlassene Nacht sehr gut. Beim Essen wird der Kaiser durch die Wunschspannung, die die Bewusstheit der Hand beinträchtigt, etwas behindert. Die Veränderungen des Festprogramms anlässlich des Besuchs des Königs der Belgier erstreckten sich bis jetzt nur auf das fernbleiben des Kaisers vom Potsdamer Paradeplatz. Dem Allgemeinen gefanden nach könnte der Kaiser recht wohl aufs Feld, aber die Wunde hindert ihn am Bestehen des Fusses und am Gehen der Hügel. Der Kaiser hat sich dabei entschlossen, der Parade zum Potsdamer Stadtschloß auszugehen. Mit der

Annahme des Vorbeschlusses wurde bekanntlich der Kronprinz befreit. Die Parade beginnt morgens früh 9 Uhr und wird vom General v. Rosenfeld abgehalten werden.  
Der Kaiser nahm gestern vormittag den Vortrag des Chefs des Stabskabinetts, Wladiwilsch Gschewin, des Reichsrats, entgegen.  
Dem ordentlichen Professor an der Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg i. E. Dr. August Schlegel ist die Königliche Komme zum Orden Meritorden zweiter Klasse mit Ehrenband, dem ordentlichen Professor an der Tierärztlichen Hochschule in Berlin, Gschewin Regimentsrat Dr. med. Schlegel der Rote Meritorden zweiter Klasse mit Ehrenband verliehen worden.

## Ausland.

### Kaiser Franz Josephs Ankuft in Bosnien.

Unter drausendem Jubel der aus der Stadt und ihrer Umgebung herbeigeströmten Bevölkerung traf Kaiser Franz Joseph gestern früh in Bosnien in Szab, der ersten bosnischen Station auf der Reise nach Serajewo ein. Der Herrscher verließ unter den Klängen der Volkshymne und kaiserlichen Hymnen den Hofzug und nahm die Begleitung des Landesheeren und anderer Würdenträger entgegen. Auf die Jubelrufe der Bevölkerung wurde er von den Bosnier, Bosnien und die Herzegovina aufzusuchen, um inmitten der Bevölkerung dieser schönen Länder einige Tage verweilen zu können. Der Monarch legte sodann unter neuen kaiserlichen Auszeichnungen die Reise nach Serajewo fort.

### Oesterreich-Ungarns Balkanpolitik.

In Beziehung der Reise des Kaisers nach Bosnien und der Herzegovina führt das „Fremdenblatt“ aus:  
Die Reise bekräftigt den unerschütterlichen Zusammenhalt der neuen Reichsteile und des alten Reiches. Dem Wladiwilsch später durch die Ministerien besprochen wurde, wird jetzt gleichsam ein Siegel aufgedrückt. Mit der Wiederherstellung Bosniens und der Herzegovina ist die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns zu einem Beharrungspunkt gelangt. Nachdem Oesterreich-Ungarn die beiden Provinzen erworben hat, hat es mit seinen politischen und territorialen Aspirationen auf dem Balkan abgeschlossen. Innerbrüderlicher Grundhalt der österreichisch-ungarischen Politik ist die Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan. Oesterreich-Ungarn wünscht, daß die Türkei auch mit den andern Mächten auf dem besten Fuße stehe und hat sich immer dafür eingesetzt, daß zwischen dem Osmanenreich und den christlichen Balkanstaaten ein dauernd gutes Verhältnis herrsche. Frieden und Freundschaft mit dem Balkan und auf dem Balkan ist die Parole der Politik Oesterreich-Ungarns, damit es sich in seinen eigenen Grenzen, in die namentlich Bosnien und die Herzegovina untrennbar einbezogen sind, mit Ruhe und Stetigkeit entwickeln kann.

### Die spanische Regierung nach der Vatikan.

Der letzte spanische Minister hat vornehmlich die Frage der Abänderung des Konkordats behandelt. In den letzten Tagen hatten darüber zwischen den Hauptpolitikern eingehende Besprechungen stattgefunden. Ein Abruch der Verhandlungen mit dem Vatikan ist nicht erfolgt, aber es steht fest, daß dieser sich schroff ablehnend verhält. Die Regierung ist fest entschlossen, ohne weiteres dem bestehenden Konkordat gemäß drei berechnigte Kongregationen zu beschicken, alle übrigen aber dem allgemeinen Verweigerung zu unterwerfen. Man darf auf die diesbezügliche bevorstehende Cortesdebatte gespannt sein. Der Erzbischof von Toledo reichte im Namen des gesamten spanischen Episcopats eine Eingabe an die Regierung ein, worin behauptet wird, alle Kongregationen ohne Ausnahme seien gleichmäßig anzuerkennen. Die Regierung antwortete darüber, daß Verhandlungen mit dem heiligen Stuhl aufgestellt werden können.

Der „Imperialist“ veröffentlicht eine Kunde: Das spanische Episcopat über die Anwendung des Vereingesehenges auf die religiösen Orden, in der erklärt wird, die Niederlassung der Kongregationen in Spanien und folgerichtig auch deren Auflösung hänge nicht von dem Willen der Regierung, sondern allein von der kirchlichen Genehmigung ab.  
Eine solche unerhörte Sprache kann sich das liberale Kabinet kaum gefallen lassen. Die Bischöfe haben es offenbar im Einverständnis mit dem Vatikan auf eine Kräfteprobe abgesehen.

## Kleine Tagesnachrichten.

Der Nationalkongress der Bergarbeiter ist Sonntag abend in Bismarck zusammengetreten. Er beschäftigt sich mit der Frage des Allgemeinen Ausbaues. Bekanntlich treffen bei einer Woche etwa 15 000 Grubenarbeiter des Zentrums. Wichtig ist die Zahl der Auszubildenden auf 6000 zurückzugehen, aber die Differenzen zwischen den Grubenbesitzern und Grubenarbeitern bestehen trotzdem noch fort. Der Kongress hat anerkannt, daß die Höhe unzulänglich sind, hat aber den Allgemeinen Ausbaue abgelehnt und beschlossen, daß man zwar alle Mittel anwenden müsse, um höhere Löhne zu erlangen, daß man aber in Zukunft nur die Ausbilde mit anerkennt können, die im Einverständnis mit dem Nationalrat veranlaßt werden.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 31. Mai.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 30. Mai.

Im Vorstandssitz der Herren Geh. Kommerzienrat Stedter, Justizrat Jörning und Fabrikant Greßer, eingegangen ist eine Eingabe des Halle'schen Bürgervereins, der eine Resolution zu Gunsten des kaiserlichen Baus eines Hallen-Schwimmbades, wie sie kürzlich nach einem Vortrage des Herrn Geh. Hofrats Prof. Gärtner-Jena in einer Bürgerversammlung gefaßt wurde, unterbreitet. Sie wird dem Bauauschuss zu gemessen.

wurde, unterbreitet. Sie wird dem Bauauschuss zu gemessen.

### Punkt 1 betrifft die Belegung der städtischen Straßenbahn mit elektrischer Kraft durch das Elektrizitätswert

und Mittelbewilligung zu Rubellegungen. Herr Stv. Probst als Referent des Finanzauschusses bejwörtet den Antrag des Magistrats, sich damit einverstanden zu erklären, daß in Gemäßheit des einstimmigen Beschlusses der Straßenbahn-Deputation mit Uebernahme der Halle'schen Straßenbahn (1. Januar 1911) deren Belegung mit elektrischer Kraft von dem städtischen Elektrizitätswert aus erfolgt und zu diesem Zwecke von letzterem nach den beiden Linien auf dem Markt und in der Hofstraße eine neue Rubelleitung hergestellt wird, ferner hierzu auf Grund des Rubelanlageplanes bis zu 80 000 Mk. aus dem bereits zu Rubelneherweiterungen ausgeworfenen, der Anleihe des Jahres 1910 zu entnehmen 450 000 Mk. zu bewilligen.  
Der Referent empfiehlt die Vorlage.

Herr Stv. Probst bemerkt darauf aufmerksam, daß mit der Belegung jedenfalls auch in absehbarer Zeit der hohe Schornstein des Straßenbahnhofs und andere Gebäude, die die dortige schöne landschaftliche Umgebung hässlich verschandeln werden. Man werde dann eine hübsche Ruine auf dem Terrain anlegen können, das jedenfalls von Viehhäusern hoch besetzt wird.

Herr Stv. Probst bemerkt zur Vorlage, daß das Elektrizitätswert nach Uebernahme der Stromerzeugung der Straßenbahn noch rationeller arbeiten werde; denn dann hat es auch tagsüber einen großen Stromabnehmer, während seine Kraft sonst nur in den Nachtstunden voll beschäftigt ist.

Auf Vorschlag des Referenten, der auch hierin im Namen des Finanzauschusses spricht, wird beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage darüber zu machen, zu welchem Preise das Elektrizitätswert den elektrischen Strom zu liefern gedenkt. Der Antrag soll bescheiden, die Verwaltung beider Betriebe streng getrennt zu halten.

Herr Stv. Probst als Referent des Staatsauschusses darlegt, beantragt der Magistrat zuzustimmen, daß a) die Leitung des städtischen Straßenbahn-Unternehmens dem Direktor des städtischen Elektrizitätswerts Herr Dipl.-Ing. Jung für ein Jahresgehalt von 2000 Mk. (für seine bisherigen Amtschäfte empfängt er bereits ein Jahresgehalt von 10 000 Mk.) von Beginn des städtischen Straßenbahnbetriebes ab (1. Januar 1911) übertragen wird, b) Herr Direktor Jung als Vergütung für die bis dahin zu leistenden Vorarbeiten der einmaligen, bei Beginn des städtischen Straßenbahnbetriebes fällige, und dem städtischen Straßenbahn-Unternehmen zu Last zu schreibende Betrag von 1000 Mk. gezahlt und c) dem Direktor der städtischen Straßenbahn Stv. und Stm. in der Straßenbahndeputation etgender wird.

Die Punkte a und b werden angenommen, c) vertagt, weil der Vorlage und Verfallungsausweis seine Beratungen in der Sache, die eine Veränderung der betreffenden Statuten nötig macht, noch nicht abgeschlossen hat.

3. Der Antrag des städtischen Erben haben beantragt, die Gas-Grundstück Langestraße 10/11 durchgehende Verkehrsstraße an der Ausmündung in die Langestraße um 1 Meter nach Westen zu verlagern. Der bereits ausgebaute Teil der Straße bleibt unverändert. Der Genehmigung dieser geringfügigen Veränderung stehen Bedenken nicht entgegen. Der Magistrat ersucht daher die Verammlung, unter Aufhebung des entgegenstehenden früheren Beschlusses, der Festlegung von Grundstück für den vorerwähnten Teil der Verkehrsstraße, zuzustimmen. Eine Veränderung der Bedingungen und Berechnungen des mit den städtischen Erben über den Ausbau der genannten Verkehrsstraße geschlossenen Vertrages wird durch diese neuere Grundstückseingetung nicht notwendig. Die Verammlung genehmigt den Antrag. (Ref. Herr Stv. Großer.)

### 4. Für die zwischen der Burg- und Fährstraße gelegene Gießereistrecte

sind Grundstückskanten bisher nicht festgelegt; es war dies mit Rücksicht auf die Kanalisation unterbleiben. Nunmehr muß aber eine Festlegung erfolgen. Nach dem Plane ist für den Teil von der Burgstraße bis zum Fußweg hinter Bethes Garten beiderseitige Bebauung vorgesehen; auf der übrigen Strecke bis zur Fährstraße wird die Straße an der Landseite von der Grundstück begrenzt, während auf der anderen Seite die Saale die Grenze bildet. Die Breite beträgt im allgemeinen 14 Meter, doch soll sie am „Felsenkeller“ eine Einschränkung, an der Ochsenbrücke und an der Größmeyer Brücke eine Vergrößerung erfahren. In der Nähe der Fährstraße teilt sich die Promenade in einen hoch und einen tiefliegenden Teil; beide werden durch eine an der Abgrenzungsmauer entlang laufende Rampe verbunden.  
Die Verammlung stimmt nach dem Referat des Herrn Stv. Höftele dem Antrage zu, lehnt aber die Verengung an dem „Felsenkeller“ ab.

### Punkt 5 wird an den Schluß der Sitzung vertagt.

6. Im Haushaltplan für 1910 sind vorbehaltlich der Nachprüfung durch den Bau-Ausschuss der Kap. XVII, B. VII, an einmaligen Ausgaben folgende Beträge eingestellt: 370 Mk. Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden des Stadtgerichtes, 700 Mk. Erweiterung des Fußweges nach der Hauptstraße, 4000 Mk. 1. Rate der Kosten für Tieflegung des Fußweges vor dem Grabhagen, 100 Mk. neue Tiranlagen an der Hauptstraße, 700 Mk. Anlage einer Schuttsammelstelle auf dem Nordfriedhofe, 1950 Mk. Ausbau des S. Querweges vom Mittelwege bis zum oberen Wirtschaftstore, 740 Mk. Vertiefung von Gossensplaner für den 3. und 4. Querweg, 326 Mk. Beschaffung eines Wasserbehälters und Einrichtung einer Schuttsammelstelle auf dem Südfriedhofe, 425 Mk. Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden des Südfriedhofes.  
Die Positionen werden bewilligt. (Ref. Herr Stv. Giese.)

7. Der Kaufmann Max Schulte beauftragt, in einem Räume seines Grundstücks Nr. der Moritzstraße 5, der von der Hauptlinie durchschnitten wird, bauliche Veränderungen vorzunehmen. Um hierzu die Genehmigung der Stadtgemeinde zu erlangen, hat er sich verpflichtet, das Eigentum an dem von seinem vorerwähnten Grundstück zur Straße entfallenden Lande bei seiner Freilegung auf die Stadtgemeinde zu einem Preise zu übertragen, der den Betrag von 70 Mk. pro Quadratmeter nicht übersteigen darf. In Rücksicht darauf, daß die Freilegung für die nächste Zeit nicht beabsichtigt wird, hat er sich verbindlich

gemacht, den Anpruch der Stadtgemeinde auf Uebertragung des Eigentums an dem fraglichen Lande grundbuchlich an erster Stelle führen zu lassen.

Die Verammlung beschließt, Einwendungen nicht zu erheben. (Ref. Herr Stv. Giese.)  
8. Der Richter Karl Schulte hier hat die alten Bauhütten auf seinem Grundstück, Kleine Ullrichstraße 30, überlegen lassen und errichtet dafür einen Neubau in der planmäßigen Hauptlinie. Nach dieser entfällt von dem Grundstück eine 14 Quadratmeter große Parzelle zur Straße. Schulte ist bereit, das Land gegen eine Entschädigung von 90 Mk. pro Quadratmeter an die Stadtgemeinde zu übertragen. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation ersucht der Magistrat die Verammlung, sich mit dem Erwerb des Landes zum Preise von 90 Mk. pro Quadratmeter einverstanden zu erklären.

Das geschieht. (Ref. Herren Stv. Höftele und Herzfeld.)

9. Von dem neubauten Grundstück Kleine Ullrichstraße 31 entfällt flächentreu eine Parzelle von ca. 9 Quadratmeter Flächeninhalt zur Straße. Dem Eigentümer des Grundstücks, Schlossermeister Seibel, hat der Magistrat für das Land eine Entschädigung von 90 Mk. pro Quadratmeter geboten. Er ist bereit, die Fläche für diesen Preis an die Stadtgemeinde abzutreten und aufzulassen.  
Die Verammlung stimmt zu. (Ref. Herren Stv. Höftele und Herzfeld.)

10. Die Bandagisten Gebr. Hellwig führen auf ihrem Grundstück, Barfüßlerstraße 10, einen Neubau auf. Nach der festgestellten Hauptlinie entfallen von dem Grundstück ca. 5 Quadratmeter Land zur Straße. Die Eigentümer fordern hierfür eine Entschädigung von 120 Mk. pro Quadratmeter. Dieser Preis wird vom Magistrat für angemessen gehalten.

Die Referenten Herren Stv. Pfautsch und Herzfeld beantragen Genehmigung der Vorlage, doch wird ausdrücklich im Protokoll bemerkt, daß der Preis nur in Rücksicht auf ganz besondere Verhältnisse (geringe Tiefe des Grundstücks usw.) bewilligt wird. Die Verammlung stimmt zu.

11. Der Rädermeister Gustav Schaf hat auf seinem Grundstück Trothaerstraße 3 einen Neubau aufgeführt. Nach der festgestellten Hauptlinie entfallen von dem Grundstück ca. 16 Quadratmeter Land zur Straße. Der Gemeindefiskus fordert hierfür eine Entschädigung von 15 Mk. pro Quadratmeter.  
Die Verammlung fällt ihn für angemessen. (Ref. Herr Stv. Höftele.)

### Die Punkte 12-13 werden vertagt.

14. In zweiter Sitzung wird das Orisatut gegen die Verunstaltung der Straßen und Plätze in der Stadt Halle mit 26 gegen 16 Stimmen angenommen. (Ref. Herren Stv. Giese und Herzfeld.)

15. Das städtische Rechnungs-Revisions-Bureau hat montiert, daß auf Beschluß des Kuratoriums vom 10. Oktober 1906 größere Ersparnisse beim Baukonto betreffend Beschaffung von zwei Reinwasser-Pumpenmaschinen, Verwendung zur Erweiterung des Lokomotivschuppens in Beelen beschlossen haben, wozu die Genehmigung der städtischen Erben erforderlich gewesen wäre. Das Kuratorium beschloß die Genehmigung nachträglich einzuholen. Der Magistrat hat dem Beschluß des Kuratoriums der Gas- und Wasserwerke bei und genehmigte nachträglich die Verwendung der beim Baukonto betr. Beschaffung von zwei Reinwasser-Pumpenmaschinen gemachten größeren Ersparnisse zur Erweiterung des Lokomotivschuppens.

Die Verammlung erteilt nachträglich die Genehmigung. Es handelt sich um 8800 Mk. (Ref. Herr Stv. Pfautsch.)

Herr Stv. Thiele bringt dabei zur Sprache, daß im hiesigen Amtsblatt Mitteilungen sehr intimer Art über Grundveränderungen für das Wasserwerk Beelen veröffentlicht worden seien, die geeignet erschienen, die Stadt zu schädigen. Der Magistrat solle doch dafür Sorge tragen, daß nichts von so diffizilen Dingen durchstößt und unsere Kommune vor Schaden bewahrt bleibt.

16. Der Hausbesitzer Wladiwilsch, Hofstraße, das von seinem Grundstück Hauptstraße 8 zur Fährstraße entfallende Land anzukaufen und ihm den den anderen Grundstücksbesitzern an der Hauptstraße zugebilligten Preis zu gewähren. Die Verammlung beschließt Uebertragung zur Tagesordnung. (Ref. Herr Stv. Höftele.)

17. Der Hausbesitzer Eduard Eckardt, Reifstraße 102, stellt sein Vorgartenland zur Anlage des Bürgersteiges unter den gleichen Bedingungen, unter denen die Stadt das obige Land erworben hat, zur Verfügung. Auch hier beschließt die Verammlung Ablehnung. (Derselbe Referent.)

18. Der 5. kommunale Bezirksverein bittet, zu veranlassen, daß die Ludwig Müchertstraße häufiger gesperrt wird, damit der durch den Stadtbahnbetrieb verursachten Staubbelästigung vorgebeugt wird. Die Verammlung beschließt, die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. (Ref. Herr Stv. Großer.)

19. Der kommunale Verein Halle-Ost bittet um Neubezug, Umpflanzung der Freizeitschneise. Auch hier beschließt man, dem Magistrat Berücksichtigung zu empfehlen. (Ref. Herr Stv. v. Höftele.)

20. Anwohner der Gerberstraße und des Mühlgrabens bitten um Abhilfe gegen die dem Gerberkanal entstehenden, die Luft verpestenden Dünste. Es wird beschlossen, diese Eingabe gleichfalls dem Magistrat zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Punkt 21 fällt wegen vorgerückter Zeit aus.  
32. Anknüpft wird Punkt 5. In Kauf des Grundstücks an der Schillingstraße in Bismarck zur Errichtung eines neuen Scharfzahngebäudes verhandelt. Es wird beantragt, die Vorlage in geschlossener Sitzung zu beraten. Die Öffentlichkeit wird insoweit ausgeschlossen.

Ueber das Resultat der Beratungen werden wir im Abendblatt berichten.

Der Gabelberger Stenographen-Verein „Halle-Süd“ hielt in seinem Vereinsheim, Friedrichstr. 23, seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorstand wurde wie folgt neu besetzt: wiedereingewählt: Verlesungsbeamter Wald, Kaufmann Reichel, Am. Hoffmann, Am. Marzke, Verlesungsbeamter Wap, Am. Becker, Prof. Dr. Baals. Unrichtigsetzer sind Karl Reichel und Paul Schuler. Die Mitgliederzahl betrug gegenwärtig 40. Der Verein hat am Sonnabend, den 4. Juni d. J., im großen Saale der Thalia-Halle sein 10jähriges Jubiläum gefeiert.

Die monatliche Zusammenkunft ehemal. Gaudenreuer findet Mittwoch, den 1. Juni, nachm. 3½ Uhr, auf der Festlich statt. Freiliche Beiträge anderer Städtegemeinden sind herzlich willkommen.

Die nächste Zusammenkunft des ehemaligen Jülicher findet am Mittwoch, 1. Juni, abends 8¼ Uhr, im „Schulhaus“, Poststraße, 1 Treppe, statt.



Provinzial-Nachrichten.

Zeugnis des Schicks.

Wittenberg, 29. Mai. Einmal wieder zum Inf.-Regt. Nr. 20...

Schweres Unglück durch ein Auto.

Wittenberg, 29. Mai. Ein schweres Automobil...

Beziehung von Arbeiterwohnungen.

Wittenberg, 28. Mai. Die Thüringische Landesversicherungsanstalt...

Wittenberg, 28. Mai. (Zu einer Betriebs-einstellung) ist...

Wittenberg, 29. Mai. (Waren diebstahl.) Das hiesige...

Wittenberg, 30. Mai. (Ausstellungen ausgeführt)...

Wittenberg, 29. Mai. (Der Schlüssel befindet sich...)...

Wittenberg, 28. Mai. (Einführung ungarterischer Gele)...

Wittenberg, 28. Mai. (Einführung ungarterischer Gele)...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 207,76. Diskonto 187,75...

Zum Kursnotiz. Berlin, 30. Mai. 4% Badische Staats-Anleihe...

Der Kalk-Kesselmarkt.

Table with columns: Geld, Brief, Hugo, and various market data for Kalk-Kessel.

Vom internationalen Zuckermarkt.

Die Zuckermärkte waren in der Berichtswochen-Tendenz...

Die statistischen Verhältnisse zeigen folgende Veränderungen...

Am Kordun und Rama in der hiesigen Zuckerrücklage...

Waldauer Braunkohlen-Industrie-Akt.-Ges. Waldau. Im allgemeinen...

Gewinnvertrags vom Vorjahre 380 770 Mk. Er wird wie folgt...

Die Rohrrengeschäft Nathan Nussbaum in Hannover...

Waren und Produkte.

Berliner Petroleumbörse. 30. Mai. Am Freitag notierten...

Table with columns: per Mat., Hamburg, and various market data.

Table with columns: Hamburg, 30. Mai. Good average Santos...

Table with columns: Berlin, 30. Mai. Eier pro Schock...

Table with columns: Magdeburg, 30. Mai. Prima Kartoffelstärke...

Table with columns: Butter, Schmelz, Speck...

Table with columns: Köln, 30. Mai. Rubel loko 58,00...

Table with columns: Hamburg, 30. Mai. Chilisalpeter...

Table with columns: Bremen, 30. Mai. Baumwoll still, loko mittl...

Table with columns: London, 30. Mai. Chili-Kupfer fest...

Wasserstände.

Table with columns: Saale und Unstrut, and various water level data.

Table with columns: Jungbunzl., and various market data.

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Deutsche Pfandbriefe', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'. Each entry includes a company name, a numerical value, and a small icon or symbol.

